

## **Fragestunde**

**109. Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Peer Jürgens**

- Zukunft des Studienkollegs des Landes Brandenburg -

Im Frühjahr 2009 ist die Entscheidung gefallen, das Studienkolleg des Landes Brandenburg zu schließen. Grund hierfür war die zu geringe Nutzung des Kollegs angesichts der Gesamtzahl der ausländischen Studierenden und die sich daraus ergebende geringe Effektivität.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird nach ihrer Kenntnis in Zukunft gewährleistet, dass auch weiterhin Studierende ohne direkten Hochschulzugang ausgebildet werden?

**110. CDU-Fraktion**

**Abgeordnete Roswitha Schier**

- Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse -

Während DIE LINKE im Wahlkampf noch mit dem Schlüsselvorhaben 02 - 15.000 ordentliche Arbeitsplätze im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor - für sich geworben hat, wurden in der Regierungserklärung 8.000 Plätze angekündigt. In der vorletzten Woche wurde berichtet, dass man 4.000 Stellen aus dem Programm Kommunalkombi einrechnen wolle, so dass es nur noch 4.000 zusätzliche Stellen wären.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele zusätzliche Plätze sollen tatsächlich mit welchen Landesmitteln finanziert werden?

**111. FDP-Fraktion**

**Abgeordneter Andreas Büttner**

- Mühlendorf-Oberschule in Teltow -

In der Mühlendorf-Oberschule in Teltow ist die Stelle des stellvertretenden Schulleiters unbesetzt, die Nachfolge des im kommenden Kalenderjahr in Altersteilzeit gehenden Schulleiters ist ungeklärt und zu Beginn des aktuellen Schuljahres haben sechs Lehrer die Schule verlassen. Die frei gewordenen Stellen konnten durch das Schulamt nur notdürftig besetzt werden, u. a. wurden drei Lehrkräfte nur befristet eingestellt. Einer der Lehrer ist an zwei Schulen tätig.

Der Deutsch-Unterricht ist aufgrund der fehlenden Lehrer in mehreren Klassen bzw. Kursen nahezu zusammengebrochen, da es laut staatlichem Schulamt keine verfügbaren

Lehrkräfte für Deutsch gibt.

Daher frage ich die Landesregierung: Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus der Situation an der Mühlendorf-Oberschule?

**112. Fraktion GRÜNE/B90**

**Abgeordnete Ursula Nonnemacher**

- Gesundheitszentrum am Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) -

Presseberichten ist zu entnehmen, das am künftigen Berlin Brandenburg International Flughafen (BBI) ein neues Gesundheitszentrum direkt neben den Terminals errichtet werden soll. Das Potsdamer Klinikum Ernst von Bergmann und der Berliner Klinikkonzern Vivantes planen ein Zentrum mit zwölf medizinischen Fachrichtungen. Entstehen soll aber keine Klinik, sondern ein Zentrum für niedergelassene Ärzte, in dem die ambulante Versorgung der Bevölkerung sowie ausländischer Patienten vorgesehen ist.

Daher frage ich die Landesregierung: Wie bewertet sie die Kooperationspläne für die Flughafenklinik?

**113. Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Christian Görke**

- Verbesserung der Leistungsfähigkeit der brandenburgischen Steuerverwaltung -

Die Leistungsfähigkeit und die Organisation der deutschen Steuerverwaltung werden seit Jahren bundesweit kritisch betrachtet. So haben auch in Brandenburg die Deutsche Steuer-Gewerkschaft Brandenburg (DSTG) und der Landesrechnungshof wiederholt darauf hingewiesen, dass die brandenburgische Steuerverwaltung, insbesondere aufgrund mangelnder Personalausstattung nur unzureichend arbeitsfähig ist.

Ich frage die Landesregierung: Mit welchen Maßnahmen wird sie die Leistungsfähigkeit und Organisation der brandenburgischen Steuerverwaltung verbessern?

**114. CDU-Fraktion**

**Abgeordneter Prof. Dr. Michael Schierack**

- Mangel an Impfstoffen für Kinder -

In der Presse wurde darüber berichtet, dass Pädiater über einen Mangel an Kinderimpfstoffen klagen. Von den Sechsfach- und Vierfachimpfstoffen soll es in den Arztpraxen nur noch kleine Restbestände oder gar keine Impfstoffe mehr geben. Als Grund für den Engpass wird angegeben, dass sich glaxo smith kline auf die Herstellung des Impfstoffes gegen H1N1 konzentriert habe?

Ich frage die Landesregierung: Wie stellt sich die Bereitstellung der notwendigen Kinderimpfstoffe in Brandenburg dar?

**115. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter Jürgen Maresch**  
- Medikamentengabe an Schulen -

Seit langem sehen sich Eltern mit Problemen konfrontiert, wenn ihre Kinder während der Unterrichtszeit Medikamente einnehmen müssen. Besonders häufig und regelmäßig ist dies an Förderschulen der Fall. An den Schulen steht für die Medikamentengabe kein Personal zur Verfügung; bei freiwilligen Lösungen unterliegt das Schulpersonal erheblichen haftungsrechtlichen Risiken.

Möglicherweise besteht auch in den Kitas das gleiche Problem.

Ich frage die Landesregierung: Inwieweit sieht sie die Notwendigkeit, eine Regelung zur Lösung des beschriebenen Problems zu finden?

**116. FDP-Fraktion**  
**Abgeordneter Andreas Büttner**  
- Umsetzung des Bundesprogramms "JobPerspektive" -

Mit dem oben genannten Programm sollten bis zum Ende des Jahres 2009 bundesweit insgesamt 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze für langzeitarbeitslose Menschen geschaffen werden, deren Vermittlungschancen am ersten Arbeitsmarkt durch mindestens zwei weitere Vermittlungshemmnisse beeinträchtigt sind. Die Dauer der Förderung beträgt 24 Monate, kann jedoch bei Bedarf unbefristet verlängert werden.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Bilanz ist für dieses Programm in Brandenburg bis zum 01.01.2010 zu ziehen?

**117. CDU-Fraktion**  
**Abgeordneter Rainer Genilke**  
- Statusbericht zum Schuldenmanagementfonds -

In der Kabinettsitzung am 5. Mai 2009 hat die Landesregierung die Verlängerung der Laufzeit des Programms zur dauerhaften Stabilisierung der Aufgabenträger für Wasserver- und Abwasserentsorgung (Schuldenmanagementfonds) zunächst bis zum 31.12.2009 beschlossen. Vorgesehen ist zudem eine Verlängerung des Schuldenmanagementfonds bis zum Jahre 2012. Der Einsatz von Fördermitteln kann jedoch nur auf der Grundlage des Statusberichtes erfolgen, so auch für das Gebührengbiet Sonnewald im Wasser- und Abwasserverband Westniederlausitz.

Ich frage die Landesregierung: Bis wann legt die Landesregierung den Statusbericht vor, so dass auch die betroffenen Trinkwasserver- und Abwasserentsorgungsverbände, wie z. B. der Wasser- und Abwasserverband Westniederlausitz, Kenntnis darüber haben, ob und in welcher Höhe finanzielle Mittel aus dem Schuldenmanagementfonds bereitgestellt werden?

**118. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter Thomas Domres**  
- Referat "strategische Kommunikation" -

Medienberichten zufolge wird unterstellt, dass das Land Brandenburg aus öffentlichen Mitteln eine Werbekampagne für den Energiekonzern Vattenfall bezahlen will, die für mehr Akzeptanz von CO<sub>2</sub>-Endlagern sorgen soll. Der Wirtschaftsminister bestätigte, ein Referat "strategische Kommunikation" gegründet zu haben.

Ich frage die Landesregierung: Welche Aufgaben hat das oben genannte Referat?

**119. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter Torsten Krause**  
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im brandenburgischen Schulsystem -

Am 28. Januar 2010 hat der Völkerrechtler Prof. Dr. R. in Berlin die Ergebnisse eines Rechtsgutachtens im Auftrag des Sozialverbandes Deutschland vorgestellt. Demnach haben behinderte Kinder ab sofort das Recht, gemeinsam mit nicht behinderten Kindern eine allgemeine Schule zu besuchen. Nach der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) gilt dieser Anspruch für das einzelne Kind unabhängig von anders lautenden Schulgesetzen. Zudem müssen Bund und Länder dies zügig, inklusive Bildung, verwirklichen und dafür auch Qualitätsmaßstäbe festlegen. Nach den Aussagen von Prof. Dr. R. haben die Bundesländer nun zügig die Forderungen der UN-Konvention in ihren schulrechtlichen Gesetzen und Vorschriften umzusetzen. Aus dem Gutachten geht ebenso hervor, dass es ein Verstoß gegen die Konvention wäre, wenn Bund und Länder nicht zielgerichtet und zeitnah Maßnahmen ergreifen, um dies, inklusive Bildung, zu verwirklichen.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Schritte leitet sie ein, um den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention im brandenburgischen Schulsystem zu entsprechen?

**120. CDU-Fraktion**  
**Abgeordneter Ingo Senftleben**  
- Verwendung aus dem Verwaltungsabkommen zur Braunkohlensanierung -

Nachdem in Lauchhammer eine Siedlung von der Absenkung einer Altbergbaukippe bedroht war, sind bei den ansässigen Bürgern verständlicherweise viele Befürchtungen aufgetreten. Eine Evakuierung konnte zwar vor einigen Wochen ausgeschlossen werden, trotzdem ist die Verunsicherung groß. Weitere Gefährdungsgebiete in der Region werden momentan untersucht.

Ich frage die Landesregierung: Welche Entschädigungsmaßnahmen, u. a. durch das Verwaltungsabkommen zur Braunkohlensanierung, können für den Fall von Schäden an den Gebäuden oder im Fall einer endgültigen Evakuierung von privaten Grundstücken und Häusern eine Hilfe für betroffene Bürger darstellen?

**121. Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Kornelia Wehlan**- Ausschreibung von Teilstrecken des S-Bahnnetzes -

Der Berliner Senat hat im Amtsblatt der EU angekündigt, etwa ein Viertel des Berliner S-Bahnnetzes auszuschreiben. Die Ankündigung bedeutet nicht zwangsläufig eine Rechtspflicht zur Ausschreibung - so die Ansicht des Senats. Dennoch bestehen darüber hinaus Fragen, inwieweit mit diesem eingeschlagenen Weg ein Beitrag zur Zerschlagung und auch möglicherweise Verteuerung des S-Bahnnetzes geleistet werden könnte.

Da Brandenburg durch seine Mitwirkungsrechte im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg und damit durch die engen öffentlichen Verkehrsverbindungen weit über das Umland Berlins hinaus ein starkes Interesse an einem effizienten und zuverlässigen S-Bahnverkehr haben muss,

frage ich die Landesregierung: Welche Position vertritt sie zu den beabsichtigten umfangreichen Streckenausschreibungen des Berliner S-Bahnnetzes, insbesondere zu den sozialen Standards in den Ausschreibungskonditionen?

**122. CDU-Fraktion****Abgeordneter Ludwig Burkardt**- Änderung der Einstufungsverordnung -

Die Verordnung über die Einstufung der kommunalen Wahlbeamten ist am 2. Februar 2010 geändert worden. Mit der Neuregelung werden die Landräte insgesamt um eine Besoldungsgruppe höher eingestuft. Bei den hauptamtlichen Bürgermeistern wird diese einheitliche Vorgehensweise nicht angewendet.

Ich frage die Landesregierung: Welche Gründe haben sie veranlasst, auf einen einheitlichen Maßstab bei der Eingruppierung von Landräten und hauptamtlichen Bürgermeistern zu verzichten?

**123. Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann**- Auslegung Unterlagen -

Bürgerinnen und Bürgern fällt es in den ländlichen Regionen immer schwerer, Einsicht in Planungsunterlagen zu nehmen. So müssen die Bürgerinnen und Bürger, die Einblick in Planungsunterlagen zur Errichtung von Windkraftanlagen im Kreis Elbe-Elster nehmen wollen, in das Landesumweltamt nach Cottbus fahren. Dies bedeutet eine Fahrzeit von insgesamt über 3 Stunden. Dies ist vor dem Hintergrund der räumlichen Distanz, der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger, der schlechten Anbindung an den ÖPNV und damit verbundenen hohen Kosten nicht hinnehmbar. Die Unterlagen in den Ämtern vor Ort auszulegen, würde vielen Bürgerinnen und Bürgern die Einsichtnahme erleichtern und gleichzeitig eine höhere Transparenz in den Angelegenheiten sichern.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um den Bürgerinnen und Bürgern die Einsichtnahme in die Planungsunterlagen zur Errichtung von Windkraftanlagen im Kreis Elbe-Elster zu erleichtern?

**124. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordnete Gerrit Große**  
- Gesamtschulabschluss -

In Müncheberg ist vor zwei Jahren die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe aufgrund rückläufiger Anmeldungen in eine Oberschule umgewandelt worden. In diesem Schuljahr werden die Schülerinnen und Schüler der letzten 13. Klasse zum Abitur geführt. Von Landesseite ist diesen Schülerinnen und Schülern, die ursprünglich in die 7. Klasse einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe eingeschult wurden, bis zum Schluss Unterstützung zugesagt worden. Jetzt sollen diese Schülerinnen und Schüler das Zeugnis einer Oberschule erhalten. Damit sind Eltern wie auch Schülerinnen und Schüler nicht einverstanden. Sie sehen darin eine Benachteiligung bei einer Bewerbung um einen Studien- bzw. Ausbildungsplatz gegenüber Schülerinnen und Schülern eines Gymnasiums oder einer Gesamtschule mit GOST.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position vertritt sie zu diesem Problem?

**125. CDU-Fraktion**  
**Abgeordnete Monika Schulz-Höpfner**  
- Förderung der Betriebskosten in Kitas -

2009 wurden Brandenburg seitens des Bundes 3 Mio. Euro für die Betriebskostenförderung in Kindertageseinrichtungen bereitgestellt. In der Antwort auf die Kleine Anfrage 99 meines Fraktionskollegen Dieter Dombrowski wurde bei den Bewilligungen nicht nach Investitionskosten und Betriebskosten unterschieden.

Ich frage die Landesregierung: In welcher Größenordnung wurden den Kreisen und kreisfreien Städten Betriebskosten gewährt?

**126. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordneter Christian Görke**  
- Missstände auf dem Bahnhof Wustermark -

Der Bahnhof Wustermark, auf dem täglich über eintausend Reisende ein-, aus- bzw. umsteigen, entspricht in keiner Weise den heutigen Anforderungen des Schienen gebundenen Personennahverkehrs. Der Bahnhof ist nicht barrierefrei und verfügt weder über eine funktionierende Lautsprecheranlage noch über Fahrtrichtungsanzeiger zur Information der Reisenden. Darüber hinaus sind Bahnhofsanlagen durch Graffiti-Schmierereien stark verschmutzt. In den letzten Wochen wurde der Bahnsteig zudem nur unzureichend von Schnee beräumt.

Ich frage die Landesregierung: Wie setzt sie sich gegenüber der Deutschen Bahn AG ein, damit die beschriebenen Missstände auf dem Bahnhof Wustermark zeitnah beseitigt werden?

**127. CDU-Fraktion**

**Abgeordneter Dierk Homeyer**

- Klage gegen Vergabeverfahren beim Breitbandausbau -

Aus Mitteln des vom Bund bereitgestellten Konjunkturpaketes sollten schon bis Ende 2009 26 Richtfunkstrecken errichtet werden. Aufgrund einer Klage eines bei der diesbezüglichen Ausschreibung unterlegenen Mitbieters wird dieses Vorhaben zunächst jedoch nur zurückhaltend umgesetzt. Mit einer Entscheidung des Oberlandesgerichtes kann laut Presseberichten erst Mitte des Jahres gerechnet werden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen unternimmt das Land, um einen Stillstand beim Ausbau der Richtfunkstrecken bis Mitte des Jahres zu verhindern?

**128. Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Christian Görke**

- Ortsumgehung Rathenow B 102n - 2. Abschnitt -

Ursprünglich war die Ortsumgehung Rathenow B 102n in zwei Abschnitten geplant. Kürzlich wurden die Planungen des ersten Abschnittes, der am Gewerbegebiet Heidefeld in die Trassenführung der B 102 alt münden soll, den Gremien der Rathenower Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Entsprechend dieser Planung wird der Verkehr durch das Gewerbegebiet Heidefeld geführt. Ein zweiter Abschnitt der Ortsumgehung sah eine Weiterführung der Ortsumgehung B 102n südöstlich am Gewerbegebiet Heidefeld vorbei nach Premnitz vor.

Ich frage die Landesregierung: Wann ist mit der Realisierung des zweiten Abschnittes der Ortsumgehung Rathenow B 102n (Heidefeld – Premnitz) zu rechnen?

**129. Fraktion DIE LINKE**

**Abgeordneter Peer Jürgens**

- Honorarkräfte an Hochschulen -

Laut Hochschulgesetz des Landes Brandenburg können zur Ergänzung des Lehrangebotes Lehraufträge erteilt werden. Dennoch werden gelegentlich über 50 % des Lehrangebotes eines Institutes von Lehraufträgen abgedeckt.

Ich frage die Landesregierung: Wie wird durch sie gewährleistet, dass es sich beim Einsatz von Lehraufträgen tatsächlich nur um eine Ergänzung des Lehrangebotes handelt?

**130. CDU-Fraktion****Abgeordneter Steeven Bretz****- Fehlende Moderation durch die Landesregierung beim CCS-Prozess -**

Laut Koalitionsvertrag haben sich die SPD und DIE LINKE in Brandenburg zu einer verstärkten Moderatorenrolle bei der CCS-Diskussion verpflichtet. Dort heißt es: „Die Koalition wird die Forschung auf diesem Gebiet weiter unterstützen, damit die noch offenen Fragen zur Anwendung der CO 2-Speicherung beantwortet werden können. Die Koalition ist sich darin einig, dass der Prozess der Einführung neuer Technologien durch eine verstärkte Moderation der öffentlichen Hand begleitet werden muss, um die sich daraus ergebenden regionalen, sozialen und ökologischen Konflikte minimieren zu können.“ In Zeitungsartikeln wird aber immer wieder kritisiert, dass eine solche notwendige Moderation durch die Landesregierung nicht stattfindet. Darüber hinaus wird bemängelt, dass Landespolitiker, die die Regierung tragen, sich voreingenommen gegen das Projekt und damit die gesamte Technologie vor Ort einsetzen.

Ich frage die Landesregierung: Wie will sie – angesichts der Voreingenommenheit von regierungstragenden Landespolitikern – diese Moderatorenrolle neutral und fair ausgestalten?

**131. Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Thomas Domres****- Unterstützung archäologischer Untersuchungen -**

In Vorbereitung der 775-Jahrfeier der Stadt Perleberg im Jahr 2014 ist vom Kulturverein Perleberg und anderen ein Informationszentrum zur deutsch-jüdischen Geschichte auf dem Perleberger Judenhof geplant. Um die historische Bedeutung des Ortes zu untermauern ist beabsichtigt, Stich-Bohrungen für archäologische Untersuchungen durchzuführen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, die geplanten archäologischen Untersuchungen zu unterstützen?

**132. Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Thomas Domres****- Kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaft soll in die Verleihung von Langzeitarbeitslosen tätig werden? -**

Medienberichten zufolge plant der Kreis Oberhavel die Erweiterung des Tätigkeitsfeldes seiner kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Diese soll künftig Langzeitarbeitslose weiterbilden und dann als Leiharbeiter an regionale Unternehmen vermitteln.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die geplante Erweiterung des Tätigkeitsfeldes der kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft?

**133. Fraktion DIE LINKE**  
**Abgeordnete Kornelia Wehlan**  
**- Bürcke über die Oder südlich Frankfurt (Oder) -**

Kürzlich erreichte die Mitglieder des Landtages eine erneute Zuschrift der Bürgerinitiative „Ziltendorfer Niederung“, in der Bedenken gegen den geplanten Ort zur Errichtung einer neuen Brücke über die Oder vorgebracht wurden.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie den bisherigen Verlauf des Raumordnungsverfahrens vor dem Hintergrund der in der Zuschrift geäußerten Bedenken gegen die im Raumordnungsverfahren untersuchten Brückenstandorte?